



Unter Beschuss

Viele Hochschulen kooperieren mit Rüstungsfirmen. Dagegen formiert sich Widerstand: Ein Frontbesuch in Kassel von CHRISTIAN FUCHS

Wo ist sie denn, die Massenvernichtungswaffe? Bernd Klein läuft hektisch durch sein Institut und öffnet schließlich eine grüne Stahltür im Keller, die zum »Technikum« führt. Orangefarbene Rohre ziehen sich durch den Raum, eine Seilwinde baumelt von der Decke, Geruch von Motorenöl und Männerschweiß hängt über den Fräsen und Drehbänken.

»Gestern lag sie noch hier«, sagt der emeritierte Professor für Maschinenbau und zeigt auf ein Gerät. Eine Woche lang hämmerten gelbe Zylinder auf ein riesiges Stück Metall ein, um dessen Stabilität zu testen. Das Ding eine Waffe zu nennen ist vielleicht übertrieben – es handelt sich lediglich um eine Achse, die in einen Unimog montiert werden soll. Aber abgeholt hat sie die Firma Rheinmetall, ein Rüstungskonzern, der wie die Unternehmen EADS und Krauss-Maffei Wegmann zu Kleins Auftraggebern gehört.

Für die Gegner von Militärforschung ist der Professor mit der randlosen Brille und dem akkuraten Kurzhaarschnitt darum ein Rüstungsforscher, seine Untersuchungsobjekte sehen sie als Waffen. Schließlich werden sie in Kriegen eingesetzt, mit denen seine Auftraggeber Geld verdienen. Klein sieht seine Tätigkeit pragmatisch: »Ich mache Leichtbau und bin doch kein Panzergeneral«, sagt er. Der Unimog, für den er die Achse getestet hat, könne auch als gepanzerte mobile Intensivstation durch Afghanistan oder Syrien fahren.

Zwei Rüstungsfirmen sind zu Fuß vom Campus der Uni Kassel aus erreichbar

Deutschland ist nach den USA und Russland der drittgrößte Waffenausfuhrer der Welt. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, brauchen die Unternehmen Innovationen, und die lassen sie gern auch von Hochschulen entwickeln. Über eine Milliarde Euro gibt das Verteidigungsministerium für »Wehrforschung, wehrtechnische und sonstige militärische Entwicklung und Erprobung« pro Jahr aus. Ein großer Teil des Geldes fließt direkt an drei wehrwissenschaftliche Institute der Fraunhofer-Gesellschaft und an die Unternehmen. In den Jahren 2007 bis 2012 zahlte das Verteidigungsministerium nach Informationen der Nachrichtenagentur dpa aber auch 35 Millionen Euro Drittmittel an zivile Hochschulen, 19 Millionen davon für Forschungsaufträge in der Wehrtechnik. Insgesamt wurden in dem Zeitraum 124 Hochschulprojekte gefördert, 30 wurden allein 2012 neu vergeben, darunter etwa auch eine Studie zur Bekämpfung von Aufständen, mit Empfehlungen an die Politik. Die Universität Kiel erhielt dafür vier Millionen Euro.

Gegen die zunehmende Militärforschung an deutschen Hochschulen formiert sich derzeit eine bundesweite Bewegung von Friedensaktivisten. Sie fordern eine Zivilklausel in den Universitätsstatuten, die militärische Forschung ausschließen soll. An rund einem Dutzend Universitäten gibt es sie bereits, unter anderem in Bremen, Frankfurt, Tübingen, Dortmund und an

der TU Berlin. An anderen Standorten wird aktuell darum gestritten und gerungen, an den Unis in Kiel, Köln und Kassel, wo Professor Klein forscht. Die Frage ist: Darf eine öffentliche Hochschule mit der Bundeswehr oder Rüstungsfirmen kooperieren und dafür Millionen einstreichen? Oder widerspricht das dem Grundgedanken redlicher Wissenschaft?

In Kassel streckt der Konflikt regelrecht in den Mauern. Die Uni wurde vor vier Jahrzehnten auf dem Firmengelände der ehemaligen Henschel-Werke eröffnet – das Unternehmen goss auch Maschinen für die Rüstungsindustrie. Noch heute sind zwei der wichtigsten deutschen Rüstungsfirmen zu Fuß vom Campus aus erreichbar: Die grauen Produktionshallen von Krauss-Maffei Wegmann liegen auf der anderen Straßenseite, Rheinmetall Land-systeme ist nur drei Tramstationen entfernt. In Kassel werden Teile für den Radpanzer Fuchs produziert, hier wird der Schützenpanzer Marder gewartet. Insgesamt 2500 Menschen leben von der Rüstungsproduktion in der Stadt. Auch die Hochschule profitiert von ihr.

Im Flur des Instituts für Mechanik hängt ein Plakat im Schaukasten, es bewirbt den »Tag der Technik«. Neben Daimler, VW und Bombardier stellt sich auch Rheinmetall Defence als Arbeitgeber der Absolventen vor. In dem Büro daneben sitzt Stephan Lange. Seine Karriere ist eng mit dem Rüstungskonzern verbunden.

Nach dem Abitur war Lange zunächst bei der Bundeswehr, wollte dann Maschinenbau studieren und parallel dazu einen Gesellenbrief machen. Dabei stieß er auf das duale Studium, eine Kooperation der Universität Kassel mit 37 Unternehmen: In den Semesterferien arbeiten die Studenten in den Betrieben, dafür bekommen sie fast 1000 Euro monatlich und am Ende zwei Abschlüsse. Auch Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall nehmen an dem Programm teil.

Während seine Kommilitonen im Sommer an Baggerseen lagen oder Praktika in London machten, schraubte Stephan Lange im Werk von Rheinmetall in Kassel an Schützenpanzern oder berechnete die Strömung eines Motorinnenraums für einen neuen gepanzerten Geländewagen. Nach dem Ende von Studium und Ausbildung beim Panzerbauer wechselte Stephan Lange als Doktorand an die Uni Kassel. »Panzer sind für mich vor allem Verteidigungstechnik. Ich möchte, dass Menschen geschützt werden«, sagt er und wippt in seinem Bürostuhl.

Die Technik an sich sei doch harmlos und könne auch von beiden Kriegsparteien gekauft werden. »Es wird ja keiner dazu gezwungen. Aber wenn man sich damit identifiziert, dann sollte man auch Militärforschung betreiben dürfen.« Damit sei die moralische Frage für ihn entschieden.

Und überhaupt: Ohne militärische Forschung gäbe es weniger zivilen Fortschritt, betonen die Befürworter. Die Entwicklung von Computer und Internet, aber auch von Konservendosen wurde vor allem durch Militärforschung vorangetrieben. Auch die Behandlung von Verbrennungen oder die Entwicklung neuer Medikamente entstanden vielfach aus Forschungen für die Armee.

Zivilklausel

Mit einer Zivilklausel verpflichten sich Hochschulen, ausschließlich zu zivilen Zwecken zu forschen und eine Nutzung für militärische Einsätze auszuschließen. Diesen Grundsatz haben bislang 13 Unis in Deutschland in ihre Statuten übernommen; die Uni Bremen war 1986 die erste. Die Klausel bedeutet, dass Wissenschaftler keine Drittmittel von Rüstungsfirmen und dem Verteidigungsministerium annehmen dürfen. In der Praxis ist die Grenze zwischen ziviler und militärischer Forschung aber schwer zu ziehen, weil es auch zivile Projekte gibt, die sich für Kriegseinsätze nutzen lassen (»Dual Use«). Außerdem legen die Unis die Klausel unterschiedlich aus. Manche Einrichtungen veröffentlichen alle Aufträge, manche diskutieren sie nur im Senat. Einklagbar ist die Zivilklausel aber nicht. Sie widerspricht dem Grundrecht auf Wissenschaftsfreiheit.

Ökosystemen in schwer erschließbaren Regionen zu verstehen und so etwa Politikern und Bauern in der Mongolei zu helfen, ihre Flächen oder Flüsse nachhaltig zu nutzen. Mit den Drohnen und einem Computerprogramm können Boden, Pflanzen, Tiere und der Mensch ganzheitlich beobachtet werden.

»Ich stand schon schwer bewaffneten Kämpfern in Afghanistan gegenüber. Seitdem weiß ich, dass Militär kaum je Probleme wirklich löst«, sagt er. »Sein Einsatz verschiebt meist nur die Machtverhältnisse.« Der überzeugte Christ setzt auf wissenschaftliche Problemlösung.

Gegner von Rüstungsforschung wie Bürkert wünschen sich, dass Wissenschaftler ausschließlich für zivile Zwecke forschen und lehren – nur so könnten sie Strategien für friedliche Konfliktlösungen entwickeln und für internationale Zusammenarbeit eintreten. Zivile Hochschulen hätten aus ihrer Tradition heraus schließlich einen humanistischen Auftrag. »Warum übernehmen nicht die Bundeswehrhochschulen und die wehrwissenschaftlichen Institute der Fraunhofer-Gesellschaft die Rüstungsforschung, anstatt Studierende und Beschäftigte der Universitäten dafür zu missbrauchen?«, fragt Dietrich Schulze von der bundesweiten Initiative gegen Militärforschung an Universitäten. Die Friedensaktivisten kritisieren, dass die Unis militärische Aufträge aus Angst vor Protesten geheim halten, das sei wissenschaftsfeindlich. Und sie fürchten zudem, dass über die Drittmittelmillionen der Bundeswehr und der Unternehmen Forschung und Lehre einseitig beeinflusst werden könnten. Diese Sorge hat der Präsident der Uni Kassel nicht. »Die rüstungsverdächtige Forschung lag bei uns bisher nur im Promillebereich der angeworbenen Drittmittel«, sagt Rolf-Dieter Postlep, der militärische Forschung persönlich »abscheulich« findet.

»Forschung, Lehre und Studium sollen zivilen Zwecken dienen«

Für Gegner wie Befürworter ist es mitunter schwierig, Forschung für ausschließlich militärische Zwecke zu definieren, beispielsweise wegen der Dual-Use-Problematik. Wissenschaftler wüssten oft gar nicht, wofür ihre zunächst einmal neutralen Erkenntnisse verwertet würden. »Auch Rettungswagen unterstützen indirekt Kriegseinsätze«, sagt der Soziologiestudent Jonas Eickhoff. Er trägt Piercings und Bauarbeiterhose und ist hochschulpolitischer Sprecher der Studierendenvertretung der Uni Kassel. Mit Kommilitonen hat er eine Initiative gegen Rüstungsforschung an der Hochschule gestartet. »Unser Ziel ist es, eine kritische Debatte anzustoßen«, sagt er. »Viele Kommilitonen wussten vor unserer Kampagne nicht einmal, dass an ihrer Uni zu Rüstungsthemen geforscht wird.«

Einen Erfolg konnte die Initiative bereits verbuchen: Vor einem Jahr hat der Senat eine neue »Orientierung für Professorinnen und Professoren« verabschiedet. Darin heißt es: »Forschung, Lehre und Studium an der Universität Kassel sollen zivilen und friedlichen Zwecken dienen.« Eine Zivilklausel ist das nicht, um die wird weiter heftig gerungen, zuletzt in einer Senatssitzung Mitte Juli. Für Uni-Präsident Postlep reicht die Orientierungsschrift aus. »Sie soll Hochschullehrern vermitteln, wie wir uns das Berufsbild des Professors vorstellen«, sagt er. Und die Kooperation des Doktoranden Lange mit der Firma Rheinmetall? »Ich kann niemandem verbieten, neben einem Studium bei uns auch noch bei Rheinmetall zu arbeiten«, sagt Postlep dazu. Und: »Jeder Einzelne muss schauen, was mit seinen Forschungsergebnissen passiert.«

Kinder kriegen und Chefin werden

Junge Frauen wollen viel, scheitern aber oft an den Umständen, zeigt eine Studie

Was waren sie damals optimistisch: die Frauen, die das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) 2007 das erste Mal für die Zeitschrift *Brigitte* befragte. Sie hatten große Pläne: »Wir wollen alles, und zwar jetzt!« lautete ihre Forderung. »Kinder kriegen und Chefin werden – mit uns gibt es kein Entweder-oder!« Sie waren jung, ehrgeizig und gut ausgebildet. »Frauen auf dem Sprung« nannten die Macher der Studie sie. »Sie werden die Gesellschaft wachrütteln«, prophezeite Jutta Allmendinger, die Präsidentin des WZB, damals.

Die rund 1000 Teilnehmerinnen waren zwischen 17 und 19 sowie zwischen 27 und 29 Jahren alt und kamen aus allen Gesellschaftsschichten. Sie standen am Anfang ihres Berufslebens, und viele hatten noch keine Kinder. 2012, fünf Jahre später, hat das WZB ein knappes Drittel von ihnen nach ihren Erfahrungen befragt, wieder in intensiven Gesprächen. Jetzt liegen die Ergebnisse vor. Die Antworten sind ziemlich ernüchternd.

An ihren Berufsplänen halten die jungen Frauen fest, davon lassen sie sich nicht abbringen. Haben sie doch mit Ausbildung und Studium gerade erst darauf hingearbeitet! Über 90 Prozent von ihnen sagen, sie wollen auf eigenen Beinen stehen. Viel Geld zu verdienen und Karriere zu machen, finden rund 70 Prozent von ihnen wichtig. Auch in der Partnerschaft, sagen die Frauen, müssten beide finanzielle Verantwortung tragen.

Die Probleme kommen jedoch mit dem Nachwuchs. Kinder und Karriere sind zwei Ks, die offenbar immer noch nicht zusammenpassen, auch wenn die Befragten sich das wünschen. Die Hälfte von ihnen sagt, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie habe sich nicht verbessert, 30 Prozent sind sogar der Ansicht, sie hätte sich verschlechtert. Kinderkriegen heißt häufig Teilzeit arbeiten – und mit Teilzeit kommt man nicht weit. Das haben diejenigen der Frauen erfahren, die bereits schwanger geworden sind. Zwar waren sie ihren Arbeitgebern noch willkommen. Aber selten auf der Chefetage.

Mehr als Teilzeit ist jedoch meist nicht drin, wenn daheim der Haushalt gemacht werden muss und die Kinder auf ihr Essen warten. Irgendwer muss sich ja darum kümmern – die Männer sind das bislang aber selten. Über 90 Prozent der Frauen sagen, sie machten die Wäsche meistens allein, fast 80 Prozent von ihnen beklagen, sie würden beim Putzen kaum unterstützt. Die Antworten der rund 200 Männer, die zum Vergleich ebenfalls befragt wurden, deuten in dieselbe Richtung. Das Angebot, Elternzeit zu nehmen, wollen die meisten von ihnen nur kurz nutzen, 40 Prozent sagen sogar, dass sie gar nicht pausieren wollen. Die Konsequenz: weniger Kinder. 92 Prozent der Frauen gaben bei der ersten Befragung an, dass sie gerne welche hätten. Jetzt sind 41 Prozent Mütter. »Lieber noch warten«, sagt sich der Rest.

»Es ist nicht zu befürchten, dass Frauen heute den Beruf vernachlässigen«, sagt Allmendinger. »Aber mit dem Wunsch nach Kindern füllen sie sich alleingelassen.« Bislang sei es vor allem das Leben der Frauen, das sich durch den Nachwuchs verändere.

Die Aussagen der Befragten erklären, warum die Geburtenrate stagniert, obwohl die Krippen ausgebaut werden. Um Kinder und Karriere zusammenzubringen, fehlen nicht Kitaplätze, sondern es fehlt: Zeit. Und zwar den Frauen wie den Männern. Letztere formulieren den Wunsch nur bisher nicht so laut.

»Die Politik hat in die Infrastruktur investiert«, sagt die Soziologin Jutta Allmendinger. »Das ist hilfreich, darf aber nicht dazu führen, dass die Kinderbetreuung komplett ausgelagert wird. Denn das wünscht sich keine Familie. Was wir jetzt brauchen, ist eine Zeitpolitik, die mehr Freiraum für Privates lässt.« Sie fordert weniger Arbeit für beide Geschlechter, mehr Zeit für zu Hause und Familienleben, besonders, wenn die Kinder klein sind. 32 Stunden pro Woche als Durchschnitt im gesamten Arbeitsleben wären ihrer Meinung nach ideal. »Karriere muss dabei aber möglich sein. Nur so können sich beide Erwerb und Haushalt tatsächlich teilen.«

TIPPS UND TERMINE

Auslandskurse anerkennen

Das Projekt nexus der Hochschulrektorenkonferenz hat zwei neue Broschüren herausgegeben, die bei Fragen zur Anerkennung von ausländischen Studienleistungen weiterhelfen. Der Flyer *Auslandstudium und Anerkennung* richtet sich an Studenten, der *Leitfaden zur Anerkennung* an Hochschulen. Mit den Veröffentlichungen will die HRK darauf hinweisen, dass Studenten nicht mehr beweisen müssen, dass sie im Ausland gleichwertige Leistungen erbracht haben. Stattdessen müssen die Hochschulen beweisen, dass dies nicht der Fall ist, wenn sie eine Leistung nicht anerkennen wollen. Beide Broschüren können online bestellt oder heruntergeladen werden. <http://bit.ly/scheine>

Qualitätsmanagement

Das Fernstudienzentrum der Hochschule Wismar, WINGS, bietet den berufsbegleitenden Studiengang »Quality Management« an. Der Studiengang richtet sich an Ingenieure sowie Absolventen naturwissenschaftlicher Studiengänge, die sich im Qualitätsmanagement spezialisieren wollen. Der Studiengang dauert vier Semester und schließt mit einem Master ab. Es kostet pro Semester 2500 Euro. Die Einschreibefrist für das kommende Semester endet am 30. September. http://bit.ly/wings_master